

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 48. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884,
14/2990

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008,
14/3010 bis 14/3015, 14/3020

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3017

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3021

zweite Lesung

Wir **setzen** die gestern unterbrochenen **Haushaltsberatungen fort**.

Ich verweise auf die Tischvorlage mit insgesamt 45 Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über den jeweiligen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir vor der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2007 in zweiter Lesung erfolgt mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden.

Ich rufe den **Einzelplan 06** auf:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zu diesem Einzelplan als Drucksache 14/3006 vorliegen und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter den laufenden Nummern 46 bis 48 der Tischvorlage zu finden sind.

Als erster Redner spricht für die SPD Herr Schultheis. Bitte schön.

(Christian Lindner [FDP]: Sie sind der Weltenbrecher, der Erste!)

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute sind wir alle Aachen – darauf darf ich hinweisen –; das ist ein gutes Gefühl.

(Beifall von CDU, SPD und GRÜNEN)

Wir freuen uns über gute Ergebnisse. Es zeigt, dass nicht nur Eindruckmachen gilt, sondern Ergebnisse, Herr Minister.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Jawohl, die kommen heute unter anderem aus Aachen. – Ich freue mich ganz besonders, dass Kollege Priggen heute die positive Variante von Schwarz-Gelb trägt.

(Reiner Priggen [GRÜNE] trägt einen schwarz-gelben Schal von Alemannia Aachen. – Heiterkeit)

Da sollten wir weiter machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich meinen Redebeitrag zum Einzelplan 06 mit einem Zitat beginnen, das die Situation recht genau beschreibt, wie sich die Hochschulen zu dem Eindruck verhalten, den das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und die das Ministerium tragende Mehrheit im Landtag hinterlassen. Die „Aachener Nachrichten“ vom 14. Dezember 2006 schreiben anlässlich der Unterzeichnung der Zielvereinbarung zwischen Ministerium und RWTH Aachen:

„Das war was gewesen. Als Andreas Pinkwart gestern Abend dem kleinen Senatssitzungssaal im Hauptgebäude der RWTH entschwebte, hinterließ der Innovationsminister reihenweise ungläubig-strahlende Gesichter der Hochschulverwaltung. ‚75 Millionen Euro und mehr‘, hatte man gerade gehört, könnte die TH in den nächsten vier Jahren zusätzlich einnehmen. Pro Jahr, wohlgemerkt. Leider ergab schon eine erste Nachrechnung, dass da im Eifer des Gefechts wohl ein paar Bezüge durcheinander geraten waren.“

Das beschreibt die Situation sehr genau, nämlich dass hier in der Tat Eindrücke erweckt werden, was alles an den Hochschulen geschehen wird und geschehen soll. Die Taten sind andere. Das bestätigen auch viele Telefonate gerade von Professorinnen und Professoren, die zwar nicht unbedingt der SPD, wohl aber ihrer Sache nahe stehen und die sich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt fühlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Minister Pinkwart und auch Ministerpräsident Rüttgers wiederholen öffentlich immer wieder gern ihr Credo, NRW werde bis 2015 Innovationsland Nr. 1 sein.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Wir fragen: Wann beginnen Sie? – Dieses Ziel ist natürlich richtig. Es spiegelt sich aber weder im Regierungshandeln noch im Haushalt wider, und auch im Jahr 2007 werden die Ausgaben des Einzelplans 06 – Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – nur um 0,2 % steigen, während der Gesamthaushalt – ich wiederhole dies, ich habe das auch schon im Ausschuss gesagt – um 2,2 % wächst. Prioritätensetzung sieht anders aus.

(Beifall von der SPD)

Dabei ist generell anzumerken, dass sich diese unterdurchschnittliche Steigerung, die unter dem Strich sogar ein Weniger bedeutet, nicht durchgängig vollzieht. Es gibt auch hier Gewinner und Verlierer. Das Weniger finden Sie im Ergebnis des Berichterstattergesprächs im Haushalts- und Finanzausschuss bestätigt, in dem nämlich klar wird, dass den Hochschulen im nächsten Jahr – wenn man Bilanz zieht – 24,7 Millionen € weniger zur Verfügung stehen werden, selbst wenn man den mit 9,2 Millionen € ausgestatteten Qualitäts-pakt berücksichtigt.

In der Forschung steigen die Ausgaben insgesamt um 5,5 % an. Allerdings basiert diese Steigerung auf einer starken Zunahme der überregionalen Forschungsfinanzierung von Bund-Länder-Programmen und von diesen gemeinsam getragenen Forschungseinrichtungen. Dieser Gemeinschaftsanteil wächst um 7,7 %, während die eigenständige Finanzierung von Landesprogrammen und Landeseinrichtungen auch im Jahr 2007 weiter sinken wird, nämlich um 2,6 %.

So ist darauf hinzuweisen, dass die Operation der Integration der Landeseinrichtungen in die Hochschulen aggressiv fortgesetzt wird. Die Verlagerung von 200 Stellen – die in diesem Haus zunächst einmal bestritten worden ist – aus den Landeseinrichtungen an die Hochschulen taucht in einem Haushaltsvermerk erstmals auf. Durch eine neue Minderausgabe von rund 1,9 Millionen € wird täglich ein gewaltiger Druck ausgeübt, denn damit wird jeder kw-Vermerk sofort etatisiert und sofort wirksam, selbst wenn sich die Person nicht bewegen wird. Das Geld ist weg.

Damit setzt sich der Trend des Jahres 2006 fort, dass Landesminister Pinkwart die eigenständige Gestaltungskraft des Landes – darum geht es im Landtag – bei der Forschung schwächt, was sich folglich auch auf die Innovationskraft auswirkt.

(Beifall von der SPD)

Eine eigenständige Innovationspolitik des Landes, um den Standort NRW entscheidend nach vorne

zu bringen, wird so zunehmend unmöglich. Viele Beispiele und viele Kontakte in die Wissenschaftslandschaft Nordrhein-Westfalens hinein zeigen, dass dies der Fall ist.

Wenn dies so ist, müssen wir uns schließlich und endlich die Frage stellen: Wozu brauchen wir überhaupt einen Landesinnovations- und -forschungsminister, wenn das Land seine eigenständige Gestaltungskraft aufgibt und sich dies nicht selbst zur Aufgabe macht? Diese Frage müssen wir ernsthaft stellen. Wir werden dies nicht nur in den nächsten Monaten, sondern für die ganze Dauer der Wahlperiode thematisieren.

(Beifall von der SPD)

Der Etat der Hochschulkliniken wächst mit 0,3 % leicht an. Eine Kompensation der durch den Streik bedingten Einnahmeausfälle erfolgt nicht, obwohl die Mitglieder der Landesregierung – und hier namentlich Herr Finanzminister Linssen – persönliche Verantwortung dafür tragen. Finanzminister Linssen hat nämlich ganz wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Tarifparteien nicht geeinigt haben. Insofern ist er mit an den finanziellen Ausfällen schuld.

Die Ausgaben für die Hochschulen selbst sinken über den Qualitätspakt hinaus um 0,3 %. Dies hat seine Ursache vor allem darin, dass die Stellen nicht mehr voll ausfinanziert werden. Aber es gibt auch andere Gründe, die ich noch benennen werde. Unter dem Strich sind es 24,7 Millionen € weniger.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass im Zuge der Föderalismusreform die Mittel für den Hochschulbau stabil bleiben. Diese Mittel werden entsprechend dem neuen Artikel 91a Grundgesetz voll an die Hochschulen und die Kliniken weitergeleitet. Die Gefahr droht erst ab 2008. Aber das Jahr 2008 ist schnell da, und wir fragen die Landesregierung: Welche Vorsorge wird hier getroffen, um die Bauplanungen und die Investitionsplanungen zu sichern?

Meine Damen und Herren, wir haben die Auswirkungen Ihres sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes hier diskutiert. Bei der Anhörung am 24. August zu diesem Gesetzentwurf wurden von den offiziellen Hochschulvertretern unbekannte finanzielle Restrisiken und zunehmende Bürokratiekosten durch das Gesetz beklagt. Dem hat die Landesregierung wiederholt offen widersprochen und behauptet, dass alle diese Fragen geklärt seien. Das ist nachweislich falsch.

Der Kritik an den finanziellen und strukturellen Auswirkungen auf die Hochschulen begegnet sie

mit dem Argument, dass der Zukunftspakt mit den Hochschulen diesen bis 2010 finanzielle Sicherheit insofern gibt, dass die Zuschüsse bis dahin auf dem laufenden Niveau eingefroren sind.

Fakt ist aber: Die Hochschulen brauchen mehr als den Zukunftspakt, denn die Umwandlung zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes wird wegen der zunehmenden internen Bürokratie Geld kosten. Es muss alles daran gesetzt werden, dass die Studierendenzahlen in den nächsten Jahren ansteigen und sich die Tendenz des Jahres 2006 mit minus 10 % nicht fortsetzt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In den Haushalten sind keine Tarifsteigerungen berücksichtigt. Der Zukunftspakt sieht sogar einen Eigenanteil der Hochschulen in Höhe von 0,8 % an diesen vor. Mit der Umsetzung des Tarifvertrages der Länder werden aber Steigerungen auf die Hochschulen zukommen. Diese sind ohne Stellenabbau – das muss man realistisch sehen – von vielen Hochschulen aus den eigenen Budgets kaum zu finanzieren.

Eine Reihe von zusätzlichen Kosten ist noch gar nicht erfasst. Ein Beispiel ist die Vergütung für die zusätzlichen, nicht verwaltungsbezogenen Ausbildungsstellen an den Hochschulen. In den einzelnen Hochschulkapiteln finden sich die Stellen der Auszubildenden durchaus wieder. Wir haben darüber diskutiert. Aber die entsprechenden Zuschüsse steigen nicht an.

Zusätzliche Kosten, insbesondere die steigenden Energiekosten, über die allenthalben, auch hier im Hause diskutiert wird, und die GEZ-Kosten finden keine Berücksichtigung und werden wohl aus den Budgets finanziert werden müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Stimmt gar nicht!)

Den Hochschulen wird nichts anderes übrig bleiben, als die Einnahmen aus den Studiengebühren zur Kompensation dieser Kostensteigerungen zu verwenden, wenn dies auch immer wieder negiert wird.

Bei den Studierenden wird im Endeffekt kein Cent ankommen, der die Lehre wirklich verbessern wird. Dies beweist den Zynismus der Hochschulpolitik dieser Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen hier im Hause.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man hätte erwarten können, dass die Ergänzungsvorlage zu all diesen Fragen, die ich hier kurz anreißte, Abhilfe schafft. Aber nein, mit der Ergänzungsvorlage werden die

haushalterischen Konsequenzen aus dem Hochschulfreiheitsgesetz nicht nachvollzogen, weil sie bisher niemand kennt oder nicht kennen will und sie erst in einem organisatorischen Blindflug im nächsten Jahr ermittelt werden. Beispielhaft sei hier auch die geteilte Verantwortung für die Pensionslasten zu nennen.

Viele Konsequenzen sind aber auch aus dem Haushaltsentwurf nicht ablesbar, wie etwa die Tatsache, dass alle Einnahmen aus Drittmitteln jetzt am Haushalt vorbeifließen. Das betrifft nicht nur die Studiengebühren, sondern auch die DFG-Mittel.

Wir müssen Ihre Aussagen und Plenarreden, Herr Minister Pinkwart, kritisieren. Die angekündigten Steigerungen – wir sehen ja, wie die Presse darauf reagiert; da muss man ja vorher einen entsprechenden Eindruck hinterlassen haben – finden nicht statt. Beispielhaft sind das Verschieben von Summen aus der Exzellenzinitiative und die Finanzierung des Hochschulpakts zu nennen.

Dieser Ansatz wird im Gegensatz zu dem Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion um 10 Millionen € reduziert. Davon werden dann 7,7 Millionen € in den Hochschulpakt 2020 umgewidmet. Hier muss man fragen: Wie setzt sich die Summe von einer halben Milliarde € zusammen, von der Sie in Ihrer Pressemeldung am 2. November 2006 gesprochen haben? Hat die Landesregierung kein Vertrauen in den Erfolg der Hochschulen in der zweiten Runde des Exzellenzwettbewerbs, wenn sie diese Streichungen vornimmt? Was geschieht mit der Finanzierung, wenn sich in der zweiten Runde die Erfolge – wir gehen davon aus, dass dies so sein wird – doch einstellen werden?

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Lesen Sie die Verpflichtungsermächtigung, Herr Schultheis!)

Mogelpackungen gibt es an vielen Stellen, Herr Minister. So werden die Beiträge der Hochschulen zur Landesunfallkasse durch Einsparungen bei den Unikliniken gedeckt. Mit weniger Versicherungsschutz bei den Kliniken wird der Rest an Versicherungsschutz an den Hochschulen finanziert. Auch hier kann man Fragen stellen: Werden aus diesem Titel auch Beiträge finanziert, die diesen Betrag überschreiten? Ist es nicht eine Bestrafung der autonomen Körperschaft, die Sie ja in den Mittelpunkt Ihres politischen Tuns stellen, wenn Einspareffekte bei Kliniken auf die autonomen Körperschaften der Hochschulen übertragen werden? Ist das freiheits-, ist das autonomiefördernd? Das ist linke Tasche/rechte Tasche, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Politik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen sie mich drei Punkte resümieren, die Ihre Politik kennzeichnen. In der Tat: Rechte Tasche/linke Tasche sieht man am Haushalt 2007. Hier werden die Mittel verschoben. Es gibt nicht mehr. In der Presse werden mehr Mittel angekündigt, als in diesem Haushalt realistisch wiedergegeben wird.

Das Zweite: Sie richten den Schwerpunkt auf Bund-Länder-Finanzierungen, auf EU-Förderungen aus, ohne eigene Anstrengungen zu unternehmen, die erforderlich sind, damit diese Mittel überhaupt gewonnen werden können.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Lesen Sie den Haushalt!)

– Ich habe den Haushalt sehr gut gelesen, Herr Minister, sonst würde ich das hier so nicht vortragen.

(Beifall von der SPD)

Und die Fachleute in den Hochschulen sehen das auch so: Sie sind nur zu vornehm, um Ihnen ...

(Heiterkeit bei der CDU)

– Oh, ja, das ist in der Wissenschaft so; es dauert eine gewisse Zeit, bis sie Ihnen auf der Matte stehen. Aber die Zeit wird sehr kurz sein, denn es brennt an unseren Hochschulen und in unseren Forschungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion kann diesem Haushalt, auch diesem Einzelhaushalt, nicht zustimmen. Die Voraussetzungen hierfür fehlen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der Entwurf des Haushaltsplans 2007 und der Nachtragshaushalt 2006 zeigen, wie ernst und wie solide die Regierungskoalition es meint, indem sie auf Dauer den Hochschulen, den Forschungsinstituten im Lande eine gesicherte Zukunft gibt. Denn das ist der große Unterschied zu Ihnen:

(Frank Sichau [SPD]: Es ist doch gar nicht wahr, was Sie da sagen!)

Alles, was wir mit diesem Einzelplan beschließen, und auch schon unsere Verpflichtung für die gesamte Wahlperiode, dass wir den Hochschulbe-

reich konstant fahren werden, das hätten Sie nie hinbekommen,

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]:
Das kann doch nicht wahr sein, was Sie hier sagen!)

Weil Sie schlichtweg – wir kennen das – nicht mit Geld umgehen können. Das haben wir in den letzten Jahren hinreichend erlebt. Sie hätten doch hier noch über Kürzungen gesprochen, worunter, wenn Sie jetzt regieren würden, die Hochschulen wirklich gelitten hätten.

Herr Schultheis, wenn Sie mit einigen Tricks aus der Kiste kommen, dann sage ich Ihnen Folgendes:

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind keine Tricks!)

Die vielen Falschaussagen, die Sie eben hineingeflochten haben, können wir gerne im Ausschuss im Detail noch einmal durchgehen. Wir wollen versuchen, das auseinanderzupflücken.

Ein Beispiel: Wir haben jetzt Erhöhungen von 25 Millionen € im Vergleich zu 2006 für Energie inklusive Mehrwertsteuererhöhung vorgenommen. Wir haben den Landesanteil an der gemeinsamen Exzellenzinitiative für Bund und Länder um 20 Millionen € erhöht. Darüber beschwerten Sie sich in Ihrer Rede vorhin sogar noch. Wie kann das sein? Freuen Sie sich doch, dass wir dazu Geld bereitstellen!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Freuen Sie sich doch, dass wir zusammen mit dem Bund versuchen, hier noch etwas zu erhöhen! Sie hätten es nicht gemacht.

Sie können hier zum Einzelplan 06 sprechen, wie wir das auch tun. Aber bedenken Sie eines, Herr Schultheis: Dadurch, dass wir in unserem Haushalt für unseren Einzelplan konstant fahren, muten wir den anderen Einzelplänen in der Sache auch Kürzungen zu.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Darüber reden Sie nicht. Wer setzt denn die Prioritäten in Bildung, Schule und Hochschule? Das sind die Prioritäten, die wir setzen. Bei dem Thema sehen Sie sehr schwach aus. Das haben Sie nie geschafft. Wir schaffen es, und wir sichern dadurch auch die Existenz unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Schade nur, dass das keiner merkt!)

Übrigens geben wir auch noch 6 Millionen € zusätzlich für das Max-Planck-Institut in Köln für die „Biologie des Alterns“ aus. Und wir geben Geld für das Rückholprogramm für junge Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler aus.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

In der Ergänzungsvorlage – das hat Herr Schultheis schon erwähnt – haben wir natürlich auch für den Hochschulpakt 2020 Geld bereitgestellt. Ich verwahre mich dagegen, dass Sie mit „linke Tasche, rechte Tasche“ kommen. Sie können sich sicher sein, dass wir für alle die Dinge, wo Hochschulen unseres Landes etwas Preiswürdiges erhalten – Stichwort: Exzellenzinitiative, wozu wir unseren Anteil beisteuern –, für die Finanzierung sorgen werden. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Noch ein Beispiel für einen Ihrer rhetorischen Tricks, Herr Kollege Schultheis. Sie sagten, der Haushalt würde in unserem Einzelplan nur um 0,2 % erhöht, wenngleich sich der Gesamthaushalt um 2,2 % erhöht. Sie wissen genauso gut wie jeder und jede andere hier im Parlament, dass die Erhöhung des Gesamthaushaltes darauf beruht, dass wir im Bereich der Gemeindefinanzierung das Geld, was Sie vor der Landtagswahl den Gemeinden ausgeliehen haben – darüber haben wir gestern diskutiert –, jetzt den Gemeinden zurückgeben. Das macht den Nenner in dem Bruch dann höher. Versuchen Sie ruhig, auf Dummheit zu zielen!

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir setzten die Prioritäten auf Bildung, auf Forschung und Wissenschaft und Schule. Sie haben es nicht gemacht. Sie haben versagt. Wir sind besser.

(Beifall von CDU und FDP)

Vergessen Sie auch nicht die Ausgangslage, als wir die Regierung übernommen haben. Denken Sie allein an die Universitätsgebäude. Zum Beispiel Bochum: Der Zustand vor Ort ist baulich allein katastrophal. Warum? Weil Sie in den letzten Jahren nicht genügend investiert und finanziert haben. Sie haben Ihr Geld anderswo ausgegeben oder riesige Schulden im Land gemacht.

Der Investitionsstau – da sind wir einer Meinung – ist im Milliardenbereich zu beziffern. Es wird also ewig dauern – wirklich ewig für demokratische

Verhältnisse –, bis wir das alles abarbeiten können.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie werden aber nicht ewig dran sein!)

Wir müssen aber daran gehen. Wir haben jetzt mit Hilfe der Föderalismusreform versucht, unseren Beitrag zu leisten. Leider haben Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht getan. Sie haben mit gescheiterten Modellen und planwirtschaftlichen Programmen – das ist das Problem – unsere Hochschulen zugeschüttet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch wirklich Klamotte!)

Sie haben auf der Kapazitätsverordnung beharrt und damit Mengen und nicht Qualität gefördert.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben auf Überregulierung und Detailsteuerung gesetzt. Sie haben auch versucht, es hier und da zurückzunehmen – gesichtswahrend, bloß nicht zu viel, es könnten ja sozialdemokratische Prinzipien über Bord geworfen werden, und das soll ja keiner merken. Das hat nichts getaugt. Wir wagen den richtigen Schritt, den großen Schritt. Wir geben den Hochschulen die Freiheit, und wir geben ihnen auch das Geld dazu. Dann kann man auch mit ihnen verfahren. Das ist die bessere Politik.

(Beifall von der CDU)

Ihre Wissenschaftspolitik wurde mit Scheuklappen betrieben. Sie haben das, was wir eingeführt haben, die Studienbeiträge, ideologisch abgelehnt. Sie haben die Verantwortung dafür, dass von ganz Deutschland in NRW die wenigsten Arbeiterkinder studieren. Das liegt in Ihrer Verantwortung.

(Heike Gebhard [SPD]: Das verbessert sich jetzt!?)

– Ja, vor allem erfolgreich studieren. – Und gucken Sie mal, was in den Schulen ist!

(Hannelore Kraft [SPD]: Sehen Sie sich mal die Zahlen an!)

– Liebe Frau Kraft, wir haben gestern für den Schulbereich eindeutig festgestellt – da sprechen die Zahlen wirklich für sich –, dass diejenigen, die aus Arbeiterfamilien kommen, anteilmäßig die geringsten Chancen auf Bildungserfolg haben. Ihre Politik, Ihre Verantwortung! Wir machen es besser. Das wirkt sich dann auch auf Hochschulpolitik aus.

(Beifall von der CDU)

Auch die Zielvereinbarungen, die Sie mit den Hochschulen getroffen haben, waren keine echten Vereinbarungen, sondern immer das, was Sie als Diktat vorgegeben haben. Das war eben sozialdemokratische Manier.

Ein Letztes: Das Ergebnis für die nordrhein-westfälischen Hochschulen in der ersten Runde der Exzellenzinitiative ist die Bilanz Ihrer Hochschulpolitik über die letzten Jahrzehnte. Trotz der dichtesten Hochschullandschaft in Europa sind die nordrhein-westfälischen Hochschulen bis auf wenige Ausnahmen im bundesweiten Vergleich bestenfalls Mittelmaß. Das ist aber nicht die Schuld der Hochschulen. Das ist Ausdruck jahrzehntelanger verfehlter Hochschulpolitik.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen konnten ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen. Das können sie jetzt mit dem Hochschulfreiheitsgesetz. Ab dem 1. Januar haben die Hochschulen wirklich die Freiheit, selbstständig, eigenständig darüber zu bestimmen. Wir bestimmen nicht mehr über die Fachpolitik, was an den Hochschulen gemacht wird. Wir machen keine Fachaufsicht mehr, nur Rechtsaufsicht. Die einzige Kopplung zum Steuerzahlergeld, wofür wir als Parlament die Verantwortung haben, geht über die Zielvereinbarungen. Das ist auch der richtige Weg und wird vor allem dazu führen, dass sich die Hochschulen profilieren können.

Letztendlich hat das nicht nur Auswirkungen im Bildungssektor als solchem, sondern natürlich auch in gesellschaftlichen Bereichen. Wir müssen zusehen – das ist wichtig –, dass wir innovationsfähig werden. Das sichert und fördert neue Arbeitskräfte. Das müssen wir auf jeden Fall beachten. Wir treten deswegen für eine stärkere Verzahnung von universitärer und außeruniversitärer Forschung ein. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Fachhochschulen.

Die Koalition wird mit ihrer staatlichen Forschungsförderung vor allem die Grundlagenforschung stärken. Es müssen und es werden Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von 3 % – das kennen wir – in Zukunft ermöglichen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wie viel haben Sie denn an zusätzlichen F+E-Mitteln der Wirtschaft mobilisiert?)

Hochschulen bekommen mehr Freiheiten und mehr Autonomie. Sie werden vom Charakter der

staatlichen Einrichtung befreit. Das tut Ihnen weh, weil Sie dann nicht mehr „hineinregieren“ können.

(Beifall von der CDU)

Wir freuen uns darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Hochschulen werden jetzt ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Damit hat der Staat, wie ich eben gesagt habe, nur noch die Rechtsaufsicht und nicht mehr die Fachaufsicht. Herr Schultheis, Sie werden sicherlich immer Zeugen finden, die unglücklich sind, dass sie ihre Datscha nicht mehr so pflegen können.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Das können Sie gern weitergeben, Herr Schultheis. Gehen Sie einmal davon aus, dass wir in den Gesprächen, die wir führen, alle Vor- und Nachteile auch eingehend diskutieren. Wenn wir Menschen, Einrichtungen, Institutionen Freiheit geben, dann ist das auch Verantwortung. Sie haben die Freiheit nicht gegeben, weil Sie glaubten, dass die Menschen keine Verantwortung übernehmen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir glauben daran, dass die Menschen Verantwortung übernehmen können. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen linker Bildungspolitik und bürgerlicher Bildungspolitik. Wir ziehen jetzt unsere Politik durch, die besser wird als Ihre. Wir werden das sehen, nicht nur an den Zahlen, sondern auch an der Einstellung der Menschen. Wir sind dankbar, dass wir das machen können und so viel Unterstützung von den Hochschulen bekommen. Wir werden auf diesem Weg weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden hier heute über den Haushalt eines Ministers, der sich Innovationsminister nennt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier leider nicht über einen Innovationshaushalt. Denn Innovation heiße Planungssicherheit. Innovation heiße Kreativität. Innovation heiße auch nachhaltige Haushaltspolitik.

(Christian Lindner [FDP]: Meine Güte!)

Wenn Sie uns hier ansprechen, Herr Brinkmeier, wir würden in diesem Haushalt – Sie sagen das ja so prophetisch –, wenn Rot-Grün noch an der Regierung wäre, nicht genug investieren, sondern kürzen, dann frage ich Sie: Wer hat denn in den vergangenen Jahren den Qualitätspakt bei den Hochschulen implementiert?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wer hat ihn verlängert? Sie haben hier unser Erbe der Haushaltssicherung für die Hochschulen übernommen.

Wenn Sie jetzt einmal nicht rückwärts, sondern vorwärts in die Zukunft schauen würden, wäre Ihnen klar, mit welcher Realität Sie sich heute auseinandersetzen müssen. Denn schon heute fehlen 3.000 Ingenieure und Ingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen. Auch in anderen Berufen steigt im Zuge des Strukturwandels die Nachfrage nach gut ausgebildeten Menschen. Deshalb müssen wir nach vorne blicken und in die Zukunft planen. Wir brauchen ohne Zweifel mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen als heute.

Deshalb ist die in den kommenden Jahren drastisch ansteigende Zahl der Studienberechtigten eine Chance und zugleich auch eine riesige Herausforderung. So werden wir in den Jahren 2008 bis 2012 etwa 15.000 mehr Studienberechtigte haben als heute, und zwar nicht insgesamt, sondern jährlich. 15.000 Hochschulzugangsberechtigte mehr in jedem Jahr! Das sind 15.000 neue Chancen für Innovationen in diesem Land, aber das ist auch eine große Herausforderung für uns alle. Wenn wir es nicht schaffen, diesen jungen Menschen ein Angebot für einen Studienplatz zu machen, wird dies dramatische Folgen haben, sowohl für den Arbeits- als auch für den Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen, das heißt für die Zukunft des Standorts Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, frage ich Sie: Halten Sie dieses Zukunftspäktchen, das Ihr Minister in Berlin mit ausgehandelt hat, tatsächlich für ausreichend, um die Herausforderungen für die Zukunft zu meistern? – Nein, Herr Pinkwart, das, was Sie jetzt in diesem Jahr und auch für die kommenden Jahre als Verpflichtungsermächtigungen für neue Studienplätze in diesem Haushalt festgeschrieben haben, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Allein für die Jahre bis 2010 errechnet nämlich die Hochschulrektorenkonferenz ein Defizit von

1 Milliarde € für Nordrhein-Westfalen. Die durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes liegen um 1.900 € pro Jahr höher als im Pakt veranschlagt, sagt die HRK. Darin sind keine Investitionen für Hörsaalgebäude, Labore und Seminarräume enthalten. Der Pakt enthält – das ist auch aus unserer Sicht das größte Defizit – außerdem keinerlei Mittel für den Mehrbedarf durch die Bologna-Reform und für die Studienreform in den Bachelor- und Masterstudiengängen.

Deshalb sagen wir: Dieser Pakt ist kein Zukunftspakt, sondern ein Dumpingpakt, Herr Minister Pinkwart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eines muss man Ihnen vor allem vorwerfen: Sie haben in Berlin schlecht verhandelt. Wieder einmal werden wirtschaftsstarke, aber ausbildungsfaule Länder wie Baden-Württemberg für die Revision ihres Studienplatzabbaus durch die Verteilung der Mittel über den sogenannten Königsteiner Schlüssel sogar noch besonders belohnt.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dasselbe Spiel hatten wir ja auch schon bei der Exzellenzinitiative. Das ist ja nur die Fortsetzung. Auch hier waren Sie ja offensichtlich kein Schwergewicht am Verhandlungstisch der Länder, Herr Pinkwart.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Sie haben zehn Jahre Politik gemacht in Nordrhein-Westfalen!)

Gute Qualität in der Lehre war mitnichten ein Wettbewerbskriterium für Exzellenz. Belohnt wurden ausschließlich Baden-Württemberg und Bayern, die bisherigen Ausbildungsmuffel unter den Ländern. Da kann ich Sie nur auffordern: Setzen Sie sich ein für unser Land, Herr Minister Pinkwart!

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Genau das tun wir!)

Der entscheidende Knackpunkt am Hochschulpakt und an der entsprechenden Verpflichtungsermächtigung im Haushalt aber ist, dass die anvisierte Förderung der Lehre nur bis 2010 reicht. Dabei wird die Zahl der Studienberechtigten nach 2010 noch erheblich steigen. Warum heißt denn dieser Zukunftspakt eigentlich Zukunftspakt 2020, wenn er doch nur bis 2010 geht?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sie rechtzeitig eine ausreichende Zahl von qualifizierten

Lehrenden über das Jahr 2010 hinaus einstellen können. Diese Planungssicherheit vermissen wir in Ihrem sogenannten Zukunftspakt, Herr Pinkwart.

Darüber hinaus fehlt ein Konzept. Es fehlt ein Konzept, das schlüssig darstellt, wie die zu erwartenden Bundesmittel bis 2010 verteilt werden sollen.

Aber nicht nur der sogenannte Zukunftspakt der schwarz-gelben Landesregierung ist eine Mogelpackung, sondern beispielsweise auch das, was Sie als Frauenförderung im Haushalt verkaufen. Zunächst einmal kürzen Sie ganz eindeutig 3,4 Millionen € bei der Frauenförderung. Wenn die Landesregierung aber den Anteil von Frauen in Spitzenpositionen an Hochschulen erheblich steigern will, dann müssen die von Rot-Grün eingeleiteten Best-Practice-Maßnahmen und auch die Weiterführung der zentralen Steuerungselemente im Rahmen der Chancengleichheit fortgeführt werden.

Es ist in der Tat Etikettenschwindel, wenn jetzt 15 % der Mittel aus dem Innovationsfonds für die Berufung von Wissenschaftlerinnen auf Professuren vergeben werden. Was soll denn das für eine Innovation sein, Herr Pinkwart, wenn Sie den Frauen hieran einen Anteil von gerade einmal 15 % zutrauen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind sicher, dass hier kein zusätzlicher Euro mehr fließt als bisher, wenn man bedenkt, dass der Professorinnenanteil in Nordrhein-Westfalen etwa genau dieser Zielgröße entspricht.

Aber an entscheidenden Steuerungsmöglichkeiten wie zum Beispiel bei der leistungsorientierten Mittelvergabe – an einer so entscheidenden Stelle – fällt der Parameter Gleichstellung bei den Professorinnen weg. Hier scheint der von Ihnen so hoch gepriesene Wettbewerb offensichtlich nicht angesagt. Bei jeder Gelegenheit philosophieren Sie über einen Wechsel von der Input- zur Output-Steuerung. Aber hier, wo wir schon eine lupenreine Output-Steuerung hatten, da wollen Sie plötzlich nichts mehr davon wissen. Hier, wo es – wenn Sie bei der Frauenförderung weiter schlafen – den Hochschulen tatsächlich wehtun könnte, knicken Sie vor den Old-Boys-Networks ein.

Was die Arbeit der Koordinierungsstellen, der LaKoF und des Netzwerks Frauenforschung angeht, machen Sie lieber überhaupt keine Angaben mehr. Es bleibt im Dunkeln, wie viel Mittel aus der Titelgruppe 64 zukünftig für die entsprechende Arbeit fließen sollen. Dabei wäre es so einfach

gewesen: Wir hatten einen Antrag zur Ergänzung der Haushaltserläuterung gestellt, der nicht einen Cent zusätzliches Geld gekostet, aber viel Planungssicherheit gebracht hätte. Doch selbst diesen Antrag, Herr Brinkmeier und Herr Lindner, haben Sie abgelehnt. Also hören Sie doch bitte auf, von Planungs- und Zukunftssicherheit zu reden! Hier hätten Sie die Chance gehabt, doch hier haben Sie gezeigt, dass Sie genau das nicht wollen. Sie wollen eben keine Planungssicherheit bei der Frauenförderung. Wenn man es auf den Punkt bringen will, muss man leider sagen: Sie wollen eigentlich keine vom Land verantwortete Frauenförderung mehr an unseren Hochschulen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Innovativ, lieber Herr Pinkwart, ist das nicht.

Aber auch im sozialen Bereich – das ist mein dritter Punkt –, wenn es um die Studentenwerke geht, ziehen Sie die Daumenschrauben enger. Im letzten Haushalt haben Sie in diesem Bereich noch massiv die Zuschüsse gekürzt – mit dem Ergebnis, dass der mühsam in Gang gekommene Prozess zur Erschließung neuer Geschäftsfelder und wirtschaftlicher Eigenständigkeit ins Stocken geraten ist. In diesem Haushalt bleiben nun nicht nur die Zuschüsse auf diesem niedrigen Niveau, nein, Sie stellen auch die Zuschüsse für die Studentenwohnraumförderung auf Darlehen um und kürzen sie in diesem Zusammenhang um fast die Hälfte. Damit erschweren Sie ganz eindeutig weiter die Bemühungen der Studentenwerke, nach der Novellierung des Studentenwerksgesetzes mehr wirtschaftliche Eigenverantwortung zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch insofern bleibt für mich die Frage: Was soll dieser Widerspruch? Man muss ja fast den Eindruck haben, dass Sie selbst Reformprozesse, die von ihrer Natur her eigentlich in Ihre Welt hineinpassen würden, abwürgen, nur weil sie von der rot-grünen Vorgängerregierung angestoßen wurden. Innovativ ist das, Herr Pinkwart, beileibe auch nicht.

Deshalb sagen wir: Ihre Haushaltspolitik ist nicht innovativ. Sie nicht innovativ, weil sie nicht zukunftsfähig ist, weil Sie nicht genügend Studienplätze schaffen und weil die Hochschulen jetzt schon voll sind. Sie ist nicht innovativ, weil sie unsozial ist, weil Studiengebühren junge Menschen vom Studium abhalten und weil der Unterhalt künftig noch teurer wird. Und sie ist nicht innovativ, weil sie frauenfeindlich ist, weil Sie die Programme zur Chancengleichheit komplett zurück-

fahren und weil Sie die Arbeit der Koordinierungsstellen einschränken.

Unsere Haushaltsanträge für eine Studienplatzoffensive und eine gute Frauenförderpolitik liegen Ihnen vor. Es wäre gut für unsere Hochschulpolitik, wenn Sie diesen zustimmen würden, damit aus diesem Wissenschaftsverwaltungshaushalt dann doch noch so etwas wie ein Innovationshaushalt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Für die FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Herr Schultheis, Sie haben hier noch Material liegen lassen; ich bringe es Ihnen gleich.

(Karl Schultheis [SPD]: Schenke ich Ihnen!)

– Ich darf das behalten?

(Zuruf von der SPD: Es ist ja bald Weihnachten!)

Okay, dann nehme ich das und auch ihre persönlichen Anmerkungen gerne zu den Akten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Vorlesen! Dann bekommen Sie auch Beifall von uns!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man in einem Lexikon schaut und unter „parlamentarische Opposition“ nachschlägt, wird man darüber belehrt, dass die Opposition die Regierung zu kontrollieren habe,

(Karl Schultheis [SPD]: Das sollte das Parlament machen, Herr Lindner, nicht nur die Opposition! Komisches parlamentarisches Verständnis haben Sie!)

und dass sie sich auch in Details des Regierungshandelns einbringen soll. Im Übrigen findet man in der Lehrbuchdefinition den Hinweis darauf, dass die Opposition eine Alternativfunktion hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich weiß nicht, in welchem Duden Sie das nachgeschaut haben!)

All das sind Sie heute hier schuldig geblieben.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD: Das sagen Sie!)

Sie haben sich weder redlich um die Fakten bemüht, noch haben Sie eine realistische Alternative vorgelegt – weder Frau Seidl noch Herr Schultheis. Im Gegenteil: Es gibt kaum ein Politikfeld im Land-

tag, auf dem gerade die SPD in einer solch polemisch und unsachlichen Weise argumentiert, wie im Bereich der Innovationspolitik. Das machen Sie nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern insbesondere draußen im Land. Ich will das einmal anhand nur einer Impression schildern: Da ist Herr Schultheis doch tatsächlich in der Lage zu behaupten, es habe nie zuvor so viele Massenentlassungen im öffentlichen Dienst gegeben wie beim Übergang des Personal aus den Hochschulen in Verantwortung des Landes in verselbständigte Körperschaften.

(Karl Schultheis [SPD]: Auf dem Landesniveau!)

Und da erwecken Sie den Eindruck, als wäre da jetzt plötzlich eine Hire-and-Fire-Mentalität an den Hochschulen möglich geworden,

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

und unterschlagen, dass diejenigen, die jetzt an den verselbständigten Hochschulen tätig sind, sogar noch bessere rechtliche Arbeitsbedingungen haben als vorher. Das unterschlagen Sie.

(Beifall von der CDU)

Wissen Sie, Herr Schultheis: Würden Sie damit uns hier nur ein bisschen kitzeln wollen, dann würden wir darüber genau so freundlich lächeln, wie Sie das überwiegend machen. Aber schlimm daran ist doch, dass Sie Unsicherheit unter den Menschen schüren und dass Sie Ängste schüren, die in der Sache nicht begründet sind.

(Karl Schultheis [SPD]: Ihre Politik schürt die Ängste!)

Damit, Herr Schultheis, werden Sie Ihrer Verantwortung als Parlamentarier nicht gerecht.

(Beifall von der CDU)

Das muss hier einmal gesagt werden.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

– Lieber Herr Euman, ich verstehe ja Ihre Aufregung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist keine Aufregung!)

Sie wollen hier morgens einmal ein bisschen den Blutdruck erhöhen. Sie sind eingeladen, Zwischenfragen zu stellen, wenn Sie einen Fachbeitrag leisten wollen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mache ich sehr gerne!)

Herr Schultheis, wenn Sie uns vorwerfen, wir gingen unredlich mit Zahlen um, wenn Frau Schultheis von einem „Hochschulpäktchen“ oder gar von einem „Dumpingpakt“ spricht,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war nicht „Frau Schultheis“! Herr Lindner, Sie sind verwirrt!)

wenn kritisiert wird, dass ein Zukunftspakt zwischen Landesregierung und Hochschule – bestätigt vom Landtag –

(Zurufe von der CDU: Eben!)

geschlossen worden ist, dann müssen wir uns doch einmal in Erinnerung rufen, wie Sie das mit dem Qualitätspakt damals eigentlich gehalten haben. Gab es denn einen Landtagsbeschluss zu diesem Qualitätspakt? Ist der denn hier im Landtag bestätigt worden? Ich erinnere mich nicht daran. Ist denn der Qualitätspakt von der Vorgängerregierung wirklich eingehalten worden? Ich behaupte: Nein. Denn die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst ist den Hochschulen voll auf die Butterseite geschlagen. Einzelne Hochschulstandorte mussten Stellen in zweistelliger Höhe abbauen, weil Sie eben nicht den Qualitätspakt auf Punkt und Komma einhalten haben. Das gehört auch zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dazu.

(Karl Schultheis [SPD]: Wollen Sie das denn zurücknehmen?)

– Eine gute Frage, Herr Schultheis, ob wir das zurücknehmen wollen. Wenn man die Menschen fragt, ob sie Butter oder Kanonen wollen, werden sie immer sagen, dass sie Butter wollen. Wir haben hier aber eine Gesamtverantwortung wahrzunehmen.

(Karl Schultheis [SPD]: Ja, ja, ja!)

Herr Schultheis, Sie wollten aus dem Verhältnis des Innovationshaushalts, Einzelplan 06, zum Gesamthaushalt ableiten, dass wir damit unter der Gesamtwachstumsrate des Landeshaushalts bleiben würden. Das Argument wollen wir uns einmal ein bisschen näher ansehen.

Ich habe eben dargelegt, dass Sie den Qualitätspakt gerade nicht exakt eingehalten haben, obwohl sich das Land Nordrhein-Westfalen an anderer Stelle hemmungslos verschuldet hat. Sie haben nicht in die Infrastruktur investiert, obwohl Sie haushalterisch über Jahre hinweg Schulden ohne Ende gemacht haben.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir unterscheiden uns von Ihnen, indem wir es schaffen, den Innovationshaushalt zwar nicht so, wie es vielleicht wünschenswert wäre, aber eben doch zu steigern und qualitativ zu konsolidieren und trotzdem die Nettokreditaufnahme des Landes Nordrhein-Westfalen spürbar zu reduzieren. Wir haben für das kommende Jahr einen verfassungskonformen Haushalt im Blick und für das Jahr 2011/2012 sogar einen ausgeglichenen Haushalt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Das unterscheidet uns von Ihnen. Wir sind in der Lage, einen Innovationshaushalt wie den hier vorgelegten stetig weiterzuentwickeln, und trotzdem den Gesamthaushalt zu konsolidieren, während Sie wichtige Investitionen nicht vorgenommen haben, obwohl Sie Schulden ohne Ende gemacht haben. Das unterscheidet uns von Ihnen. Und das hängt mit einer klaren politischen Prioritätensetzung zusammen.

Jetzt möchte ich noch zu einem weiteren Argument kommen, Herr Schultheis. Sie haben kritisiert, dass die öffentlichen Forschungsausgaben nicht hinreichend steigen würden. – Wir müssen aber einmal analysieren, wo unser eigentliches Problem liegt, wenn wir an das Lissabon-Ziel von 3 % denken.

Unser Problem ist doch nicht – das ist Ihnen im Zuge der Berichterstattung über die Innovationsuntersuchung auch dargelegt worden –, dass wir zu wenig öffentliche Forschungsinvestitionen hätten. Das haben wir Ihnen auch nie vorgeworfen. Auch unter Ihrer Verantwortung – zu soviel Differenzierung bin ich in der Lage – mussten wir da nicht den Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg scheuen.

Unser Problem sind die privaten Forschungsausgaben! Unser Problem ist, dass wir für Nordrhein-Westfalen zu wenig Geld vom Bund und von der Europäischen Union bekommen.

Der Grund ist, dass, wenn es in der Vergangenheit darum ging, Max-Planck-Institute für Nordrhein-Westfalen zu gewinnen, Sie eher schlecht abgeschnitten haben, weil in den entsprechenden Runden gesagt wurde: Ihr buhlt um die Verlängerung der Steinkohlesubventionen. Ihr bekommt das Geld. Aber dann bekommt Ihr obendrauf nicht auch noch MPIs.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Da gibt es doch einen Zusammenhang!

Diesen Zusammenhang gibt es auch bei anderen Beispielen wie dem Hochschulpakt 2020 und jetzt

wieder bei den Entscheidungen zum Thema Hartz, bei denen Herr Beck wieder etwas für sein Land herausholen kann. Nordrhein-Westfalen hat schon seine Gelder bekommen – und zwar für die Steinkohle.

Unser Problem ist, dass wir knappe öffentliche Mittel – auch Mittel vom Bund – über Jahre und Jahrzehnte nicht in Bereichen verwendet haben, die innovativ sind und die Wachstum generieren. Stattdessen haben Sie diese Gelder lieber im Ruhrgebiet verbuddelt, um einen Wirtschaftszweig künstlich zu beatmen, der aus sich heraus nicht selbstständig lebensfähig ist und der keine innovative Wirkung hat. Das ist der Grund.

Andere Länder hatten auch Strukturprobleme. Bayern war ein agrarisch geprägtes Land. Die haben mit den Bundesmitteln aber besser und nachhaltiger gewirtschaftet, als Sie es über Jahre und Jahrzehnte getan haben.

(Heike Gebhard [SPD]: Meine Güte! An Nordrhein-Westfalen hat Bayern sich erholt!)

Herr Schultheis, wenn es darum geht, zu prüfen, wie die Finanzlage der Hochschulen ist, müssen Sie sich noch einen Vorwurf gefallen lassen. Ich will gar nicht auf die Details eingehen. Kollege Brinkmeier hat Ihnen ja dargelegt, wie sich zum Beispiel die Zuschüsse an die Hochschulen errechnen und dass Energiekosten sehr wohl ausgeglichen worden sind. Das steht sogar im Erläuterungsband auf Seite 7. Das können Sie nachschlagen, wenn Sie ihn dabei haben. Dort ist es genau aufgeführt.

(Zuruf von der SPD)

Ich will aber auf einen anderen Punkt hinaus, Herr Schultheis. Sie haben in Ihrem Beitrag mit nicht einem einzigen Wort erwähnt, dass – wenn alle Hochschulen entsprechende Entscheidungen treffen – durch die Studienbeiträge 320 Millionen € zusätzlich zur Verbesserung der Lehre zur Verfügung stehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das wollen wir sehen!)

Das sind 320 Millionen €, die Sie einfach ausblenden!

(Beifall von FDP und CDU)

Wir sehen an manchen Stellen im Land schon, was für positive Effekte möglich sind. Ich möchte einmal über die Universität Bonn, wo ich es selbst beobachten kann, berichten: Im Seminar für Politikwissenschaft und Soziologie kann ich aus der Nähe betrachten, wie Studierende zusammen mit

den Verantwortlichen in der Wissenschaft überlegen, was mit den Geldern für das Seminar konkret geleistet werden kann.

Sie überlegen, wie möglicherweise die Öffnungszeit der Seminarbibliothek verlängert werden kann, ob Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben eingestellt werden können und ob zusätzliche Tutoren eingestellt werden können. Da verbessert sich ganz konkret etwas in der Lehre. Das ist unser Ziel, das Sie aus ideologischen Gründen vollständig ausgeblendet haben.

Nachdem Sie mich eben gefragt haben, was wir von Ihnen zurücknehmen könnten, möchte ich Sie fragen: Können Sie zusagen, im Jahr 200x – wenn Sie hier vielleicht wieder in der Verantwortung sind – in der Lage zu sein, die Studienbeiträge abzuschaffen und den Hochschulen das Geld aus anderen Haushaltsbereichen ohne Verluste bei der Qualität der Lehre zur Verfügung zu stellen? Man kann gespannt sein, ob Sie das Geld wirklich werden bereitstellen können.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, Frau Seidl hat über den Zukunftspakt gesprochen, den ich auch noch ansprechen möchte. – Frau Seidl, ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass es trotz der Finanzlage – die Argumente will ich nicht noch einmal wiederholen, denn die sind Ihnen bekannt – gelungen ist – und Nordrhein-Westfalen ist neben Baden-Württemberg das erste Land, wo es eine entsprechende Kabinettsentscheidung gab –, 125 Millionen € prospektiv zum Ausbau zur Verfügung zu stellen.

Nun mögen Sie sagen, dass sei zu wenig. Sie nennen es „Dumpingpakt“ und berufen sich auf die HRK. Die HRK ist eine ehrenwerte Institution, aber Sie suchen sich nur die Argumente heraus, die Ihnen passen.

Wenn die HRK sagt, unser Hochschulfreiheitsgesetz sei mustergültig, hat die HRK nicht Recht. Wenn es Kritik am Zukunftspakt gibt, ist die HRK plötzlich wieder ein Ansprechpartner. So können Sie auch nicht agieren.

Wir sehen, dass mit diesem Hochschulpakt 2020 in Nordrhein-Westfalen zusätzliche Studienplätze bedarfsgerecht geschaffen werden. Das steht im Übrigen auch damit im Zusammenhang, dass wir uns durch eine Verbesserung der Lehre bemühen wollen, die durchschnittliche Studiendauer zu reduzieren. Auch das schafft Kapazitäten, die in den Rechnungen noch gar nicht enthalten sind. Deshalb sind wir dezidiert der Auffassung, dass hier trotz der – ich habe es eben bei einem anderen

Aspekt ausgeführt – gewissen Hypotheken, die Nordrhein-Westfalen in den Bund-Länder-Verhandlungen tatsächlich zu gegenwärtigen hatte, gut verhandelt worden ist.

Meine Damen und Herren, abschließend: Nordrhein-Westfalen hat durch die Einführung von Studienbeiträgen und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers – insbesondere des Landtags über den Zukunftspakt – eine nachhaltig planbare Finanzierungsgrundlage für die Hochschulen geschaffen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit dem Hochschulfreiheitsgesetz – ich verweise noch einmal auf die HRK, Stichwort „mustergültig“ – den Ordnungsrahmen für das Hochschulwesen in einzigartiger Weise modernisiert und den Hochschulen wirklich – das war Ihr Wort, Frau Seidl – Handlungsmöglichkeiten eröffnet, kreativ mit den Stärken umzugehen und die Schwächen zu überarbeiten.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Ich habe gesagt: „nicht kreativ“!)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat also damit begonnen, jetzt überhaupt erst wieder in die Offensive zu finden. Das wird auch daran deutlich, dass wir durch die Finanzierungsfragen und Fragen der Rechtssetzung wieder dabei sind, auch im internationalen Vergleich ein attraktiver Standort zu werden. Deshalb ist es richtig, etwa ein Rückkehrprogramm mit 1,5 Millionen € zu dotieren, um auch im Ausland zu zeigen, dafür zu werben und mit Mitteln für die Hochschulen zu hinterlegen, dass Nordrhein-Westfalen wieder auf dem Weg ist, aus dem Mittelfeld in Deutschland an die Spitze zu kommen, dass Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 wieder das Innovationsland Nummer eins wird. Dieser Haushalt 2007 ist ein wichtiger Schritt auf diesem noch langen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind hier in einer vorweihnachtlichen Stimmung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nee! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat man bei Herrn Lindner nicht gehört!)

Deswegen möchte ich erst einmal mit den Gemeinsamkeiten beginnen. In Ihren Ausführungen, Herr Schultheis, habe ich einen Punkt angetroffen, in dem ich Ihnen voll und ganz zustimmen möchte:

(Beifall von CDU und FDP)

Schwarz-Gelb ist eine erfolgreiche Farbkombination, nicht nur im Fußball, sondern auch in der Politik, Herr Schultheis. Das hat mir sehr gut gefallen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von CDU und FDP – Minister Oliver Wittke: Der meint aber nicht die Dortmunder! Das wollen wir klarstellen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innovationsbericht 2006, über den wir vor 14 Tagen gesprochen haben, hat noch einmal gezeigt, dass unser Land im Hinblick auf seine technologische Leistungsfähigkeit vor einer riesigen Aufholjagd steht. Wir müssen und wir wollen die Kräfte bündeln, damit wir bis 2015 unser ehrgeiziges Ziel erreichen, in Deutschland Innovationsland Nummer eins zu werden. Dies – das wissen wir – wird nicht von heute auf morgen gelingen, sondern das müssen wir uns in den nächsten Jahren sehr hart erarbeiten.

Der Haushalt 2007 und der Einzelplan 06, über die wir heute reden, sind ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg. Der um den GFG-Sondereffekt bereinigte Gesamthaushalt wächst im kommenden Jahr um 1,1 %. Das Budget der Hochschulen und der Kliniken, meine sehr verehrten Damen und Herren, wächst – bereinigt um die von der Vorgängerregierung vorgenommenen Absenkungen – um 2,2 %.

(Beifall von der CDU)

Und die Mittel für die Innovationsförderung wachsen im nächsten Jahr – es geht um die Landesmittel – um 4,7 %. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen und beim Landesfinanzminister dafür, dass das möglich geworden ist.

Wir legen Ihnen für das kommende Jahr einen Haushalt vor, der beides zusammenbringt: konsolidieren und investieren – investieren in neue Möglichkeiten für die Menschen in unserem Land. Wir erarbeiten uns damit in doppelter Hinsicht – Herr Lindner hat eben darauf hingewiesen – die Spielräume in den nächsten Jahren, die wir für unsere Aufholjagd brauchen. Indem wir nämlich den Haushalt konsolidieren, wegkommen von verfassungswidrigen Haushalten hin zu verfassungsgemäßen und in der Perspektive ausgeglichenen Haushalten, schaffen wir doch erst die Voraussetzungen dafür, dass wir mehr in Richtung Zukunft

investieren können. Auf dem Weg dahin bauen wir schon den Haushalt so um, dass wir diese Steigerungsraten im nächsten Jahr bereits für Bildung, für Hochschulen und für Innovation vornehmen können, die ich Ihnen hier vorgetragen habe.

Jetzt möchte ich noch einmal an die damalige Regierungskoalition appellieren, vor allem an die SPD, deren früherer Parteivorsitzender vor wenigen Tagen hier in Düsseldorf eine Pressekonferenz abgehalten hat: Es liegt doch an Ihnen, in den nächsten Wochen auch dazu beizutragen, dass Nordrhein-Westfalen nicht länger in die Vergangenheit investieren muss, sondern über 2010 hinaus mehr Mittel zur Verfügung hat, damit bei ausgeglichenen Haushalten noch mehr in Richtung Zukunft investiert werden kann. Überwinden Sie Ihre Vergangenheitsbezogenheit! Kommen Sie in der Wirklichkeit dieses Landes Nordrhein-Westfalen an, meine Damen und Herren!

(Beifall von CDU und FDP)

In Übereinstimmung mit dem Zukunftspakt sichern wir nicht nur die finanzielle Basis für die Hochschulen, sondern sorgen im Rahmen des Hochschulpakts mit dem Bund für zusätzliche Studienplätze. Wir werden die Mittel im zentralen Bereich der Innovationsförderung steigern und einen Schwerpunkt auf die Förderung von Spitzenforschung legen. Meine Damen und Herren, dieser Landtag vertritt nicht nur ein Politikfeld, sondern mehrere Politikfelder. Deshalb ist es mir wichtig hervorzuheben, dass wir auch die strukturellen Weichenstellungen im Haushalt 2007 vornehmen werden, die außerhalb der Schwerpunktsetzung für die Hochschule und Spitzenforschungsförderung einen Beitrag leisten, damit wir insgesamt das Konsolidierungsziel erreichen können. Also auch im Einzelplan 06 leisten wir beides, nämlich investieren und konsolidieren. Mit Blick auf die anderen Politikfelder ist das sehr wichtig.

Das Haushaltsjahr 2007 markiert den Beginn der Ära des Zukunftspaktes, der den Hochschulen eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung bis Ende der Legislaturperiode garantiert. Die Ausnahme von haushaltswirtschaftlichen Eingriffen wie Minderausgaben oder Ausgabensperren wird bis 2010 verlängert. Der Fonds zur Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur an den Hochschulen wächst in 2007 auf 33,6 Millionen € an. Für die durch den Zukunftspakt abgesicherten Globalbudgets der Hochschulen inklusive der medizinischen Fakultäten stehen im kommenden Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt 3,7 Milliarden € zur Verfügung.

Darüber hinaus hält die Landesregierung ihr Wort, mit zusätzlichem Geld für den Ausbau von Studienplätzen zu sorgen. Sie hat die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, bis 2010 dafür rund 250 Millionen € im Rahmen des Hochschulpaktes von Bund und Ländern bereitzustellen. Hier möchte ich, liebe Frau Seidl, noch einmal an zwei Punkte erinnern, die ich schon im Ausschuss Ihnen darzulegen versucht hatte:

Erstens. Das Land Nordrhein-Westfalen hat, anders als in der Vergangenheit, gut verhandelt, denn – Sie kennen den Königsteiner Schlüssel von 21,6 % – wir bekommen aus dem Hochschulpakt für Bund und Länder zur Schaffung neuer Studienplätze 26 % der Mittel und können damit 26.000 neue Studienplätze bis 2010 schaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Unter Ihrer Verantwortung haben Sie in diesem Jahrzehnt gerade einmal 15,4 % aus den Hochschulbaumitteln herausgeholt, in den 90er-Jahren 12,6 %. Darunter leiden unsere Hochschulen noch heute, weil Sie damals zu wenig investiert und zu wenig Geld beim Bund abgeholt haben. Dieses Geld ist tatsächlich nach Süddeutschland gegangen; das ist richtig. Deswegen sind sie heute besser. Das müssen wir aufholen. Wir haben aber gut verhandelt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ich möchte noch ein Zweites hinzufügen, auch, Herr Schultheis, weil Sie mit so vielen aus dem Hochschulbereich reden; ich bin ganz begeistert. Bei der Amtsübergabe des DFG-Präsidenten in Bonn auf der Hochschulrektorenkonferenz Deutschlands hat man mir berichtet, dass sich die Hochschulrektoren in Deutschland zum Thema Hochschulpakt getroffen haben. In Wahrheit hat bis zum heutigen Tage Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland 1:1 zu den in Aussicht gestellten Bundesmitteln eine echte Kofinanzierung im Haushalt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sind nicht bereit, dieses anzuerkennen.

Es gibt sieben Länder, zum Teil von der SPD mitregiert, die im Bereich „Pakt für Forschung“ – „3 % Aufwuchs“ – nicht einmal bereit oder in der Lage sind, die Kofinanzierung zu leisten mit der Folge, dass die anderen Länder jetzt auch diese Mittel in Anspruch nehmen. Erkundigen Sie sich doch erst einmal über die Wirklichkeit in diesem Lande, bevor Sie versuchen, Thesen zu verbreiten, die nicht substantiiert sind.

Für mich ist dabei aber ein anderer Punkt noch viel wichtiger. Mit dem Zukunftspakt und dem Hochschulpakt gelingt es, dass wir Wort halten in der zentralen Frage: Wie gehen wir mit den Mitteln um, die von den Studierenden kommen? Wir haben gesagt: nicht kompensatorisch. Das heißt, das Geld geht nicht zum Finanzminister, sondern bleibt an den Hochschulen. Wir haben auch gesagt: Es wirkt nicht kapazitätserhöhend. Genau das stellen wir sicher; denn über den Hochschulpakt bauen wir die Kapazität aus, und über den Zukunftspakt sichern wir, dass es zu keinen kompensatorischen Kürzungen kommt. Deshalb kommen die 320 Millionen € netto auch bei den Hochschulen an.

Hier muss ich Sie, Frau Seidl, aber auch Herrn Schultheis fragen, weil Sie sagten, da würde kompensiert: Was haben Sie mit den Einnahmen aus den Langzeitstudienkonten gemacht? – Am Anfang ist kein Euro bei den Hochschulen angekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Bitte messen Sie doch Ihre Worte an Ihren früheren Taten und der Politik, die wir heute machen.

Ich möchte den zweiten Punkt neben den Hochschulen und der Qualität der Lehre besonders hervorheben, nämlich die Förderung der Spitzenforschung, die uns sehr am Herzen liegt, die auch dringend notwendig ist, wie der Innovationsbericht gezeigt hat. Es geht um den Exzellenzwettbewerb. Hier stellen wir die notwendigen Kofinanzierungsmittel im Haushalt 2007 bereit gemäß der bislang bewilligten Anträge mit Verpflichtungsermächtigungen auch für 2008, die doppelt so hoch liegen, weil wir den Hochschulen ein Feld in Aussicht stellen wollen, das sie nach Kräften im Wettbewerb ausfüllen sollen und können. Hier haben sie alle Möglichkeiten, ihre Qualität im Wettbewerb zu zeigen. Wir werden alles, was gewonnen wird, in vollem Umfang kofinanzieren. Dafür hat der Haushalt Vorsorge getroffen.

Wir haben die Vorkehrungen für die von uns erwartete Ansiedlung des neuen Max-Planck-Instituts für die „Biologie des Alterns“ in Köln getroffen. Für den Bau und die Ersteinrichtung werden im nächsten Jahr 6 Millionen € bereitgestellt, weitere 24 Millionen € sind für die nächsten Jahre etatisiert.

Wir haben ein neues Rückkehrerprogramm für junge Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler aufgelegt und im Haushalt bereits etatisiert.

Wir haben als weitere Verbesserung der Spitzenforschung die German Research School for Simulation Science als Kooperation zwischen dem Forschungszentrum Jülich und Aachen in den Haushalt aufgenommen und damit die Chance, zu einer weiteren Qualitätssteigerung im Zusammenwirken von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu kommen.

Und wir tun erheblich mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Frauenförderung, zum einen, weil wir mehr Geld bereitstellen, nicht nur 3,5 Millionen €, sondern 5 Millionen € aufwachsend auf 7 Millionen € im Jahr 2010. Zum anderen, Frau Seidl, nutzen wir andere Instrumente. Wir fördern auch weiter – da können Sie ganz beruhigt sein – die Koordination der Frauenarbeit zwischen Hochschulen und Landesregierung, weil wir Koordination und Information für sinnvoll halten.

Aber es geht nicht nur darum, dass man sich informiert und dass man koordiniert, sondern uns geht es darum, dass wir am Ende tatsächlich mehr Wissenschaftlerinnen in den Hochschulen haben.

(Beifall von der CDU)

Da ist doch Ihre Leistungsbilanz so schlecht. Schauen Sie sich einmal an, welche Wachstumsraten in Niedersachsen erreicht werden konnten in der Zeit, als Sie in den letzten Jahren noch Verantwortung trugen und wie langsam sich das in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat.

Wir haben einen Anteil der Professorinnen an dem gesamten Lehrkörper von etwa 13,4 %; in Niedersachsen sind es annähernd 20 %. Das ist doch Ihre Leistungsbilanz. Deswegen nehmen wir das Geld in die Hand, um ergebnisorientierte Anreize zu setzen. Wir geben den Hochschulen dann Geld, wenn sie wirklich Professorinnen unter Vertrag nehmen, um damit die Qualität der Forschung und der Lehre zu verbessern und die Attraktivität unserer Hochschulen auch im internationalen Vergleich zu erhöhen.

Ich hatte bereits erwähnt, dass wir bei der Innovationsförderung mit 508 Millionen € über das Hochschulbudget hinausgehen. Die Ansätze für Innovationsförderung steigen somit im Jahre 2007 um 4,7%. Damit liegen wir weit über dem Wachstumsziel von 3 %. Dies ist auch notwendig, damit wir den Anschluss schaffen können.

Mir ist wichtig, auch auf die strategische Neuorientierung einzugehen. Auch hier sind wir sehr schnell weitergekommen, und zwar zur Zufriedenheit der Beteiligten. Wir haben bereits eine

Zielsetzung der Hochschulen sowie eine Empfehlung des Wissenschaftsrates aufgreifen können, indem wir die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, soweit sie nicht bei den Forschungsgemeinschaften angesiedelt sind und dort ja nach einem gewissen Qualitätsstandard gesteuert und geleitet werden, an die Hochschulen zurückverlagert haben.

Wir haben das Kulturwissenschaftliche Institut an die Universität Duisburg-Essen und die beiden anderen Ruhrgebietshochschulen, die Sozialforschungsstelle Dortmund an die Universität Dortmund, das Institut für Arbeit und Technik an die Universität Duisburg-Essen und die Fachhochschule Gelsenkirchen und schließlich das Landesspracheninstitut an die Universität Bochum verlagert.

Dies haben wir in einer Weise gemacht, die den Hochschulen nicht Mittel für Forschung und Lehre wegnimmt, sondern die den Hochschulen Mittel belässt und dazu beiträgt, dass die Mittel in Zukunft wirksamer eingesetzt werden können, weil wir an starken Hochschulen interessiert sind. Diese Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei.

(Karl Schultheis [SPD]: Die 200 Stellen sind weg! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und dann haben Sie die Stellen reduziert!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Innovationspolitik ist mit dem Dreiklang, beste Bedingungen für qualitätsvolle Lehre an unseren Hochschulen, klare Schwerpunktsetzung auf Spitzenforschung und Fortsetzung eines sehr strategisch angelegten Umbaus der Hochschullandschaft hin zu noch stärkeren und international sichtbaren Hochschulen, eine Innovationspolitik aus einem Guss.

Sie wird durch das Hochschulfreiheitsgesetz unterlegt und ist in Initiativen wie „Zukunft durch Innovation“ und die Einsetzung und Etablierung einer Innovationsallianz eingebettet, die darauf ausgerichtet ist, die bessere Qualität an den Hochschul- und Forschungseinrichtungen zu nutzen, um zusammen mit der Wirtschaft zu besseren Ergebnissen auf dem Gebiet von Technologie und Innovation in unserem Land zu kommen. Der Haushalt bietet dafür ein wichtiges Fundament.

Ich bin zuversichtlich, dass wir, wenn wir so weiter arbeiten, wenn wir uns durch eine kluge Haushaltspolitik weitere Spielräume erarbeiten und wenn wir in unseren Reformbemühungen an anderer Stelle nicht aufgehalten werden, unser Ziel, das wir uns für unser Land vorgenommen haben, nämlich bis 2015 Innovationsland Nummer eins zu werden, erreichen. Ich danke den Koalitions-

fraktionen für die Unterstützung für den Einzelplan 06 und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Brunn.

Anke Brunn (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pinkwart, mit schönen Ankündigungen und mit auch pressewirksam verkündeten Worten über einen allgemeinen Mittelzuwachs können Sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesem Haushalt die Mittel für die Hochschulen bestenfalls stagnieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb sind die Hochschulen ja so enttäuscht, wenn sie von dreistelligen Millionenbeträgen lesen, die sie bekommen sollen. In Wirklichkeit sind es jedoch nicht mehr Mittel, als seinerzeit der Qualitätspakt der alten Landesregierung vorgesehen hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Nein, das ist nur dann so, wenn sie zentrale Mittel zurückrechnen. Tatsächlich ist es weniger. – Das Hochschulfreiheitsgesetz bewirkt vor allem, dass die Personalmitteldynamik zulasten der Hochschulen geht, da sie in Zukunft Stellen nicht mehr besetzen können, die sie dringend brauchen. Das ist das Täuschungsmanöver, das hier stattfindet. Die einzigen echten zusätzlichen Mittel für die Hochschulen kommen von den Studierenden. Lediglich durch die Studiengebühren kommt frisches Geld in die Hochschulen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist eine unglaubliche Ungerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist eine Saurei!)

Dies ist die Privatisierung der Hochschulen zulasten der nächsten Generation. Das ist „Privat vor Staat“. Ich finde das hoch ungerecht gegenüber der nächsten Generation. Ich glaube, dass Sie eines Tages so enden werden wie der seinerzeitige Zukunftsminister Rüttgers, der einst ankündigte, sehr viel Geld in die Hochschulen zu bringen, und am Ende stand viel weniger Geld zur Verfügung. Wir werden das genau nachrechnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Leider habe ich keine Redezeit mehr. Sie können sicher sein, Herr Minister: Wir werden nachhalten, dass Ihren Ankündigungen nichts folgt, sondern lediglich eine Belastung der nächsten Generation stattfindet. Die Studierenden leisten zusammen mit den Kommunen und den Eltern von Kindern in Kindergärten die eigentliche Konsolidierungsarbeit in diesem Lande. Das ist die aktuelle Bilanz, die wir hier leider ziehen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Brunn. – Herr Löttgen von der CDU hat nun das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Brunn, lieber Herr Schultheis, wenn ich mir Ihre Beiträge am heutigen Tage anhöre, dann muss ich etwas, das mein Kollege Helmut Stahl gesagt hat, infrage stellen. Er hat davon gesprochen, dass Sie unter Amnesie leiden. Amnesie ist ja das schuldlose Vergessen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, trifft auf Sie nicht zu. Sie nähern sich mit rasanten Schritten einem Zustand, den man mit Eskapismus beschreibt, und das ist das Verdrängen der Wirklichkeit und das Schaffen eigener kleiner Wirklichkeiten. Das ist genau das, was Sie machen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Sie sollten nicht von sich auf andere schließen! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben, Herr Kollege?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushalt 2007 halten wir weiter Kurs auf das Ziel, Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland Nummer eins zu machen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Es ist gut, dass wir Sie in Nordrhein-Westfalen haben studieren lassen!)

Betrachtet man die Innovationsförderung im engeren Sinne, dann weist der Einzelplan 06 ein Volumen von 517 Millionen € auf und damit eine Steigerung von 7 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 – 4,6 % davon eigenverantwortet.

Bei der Debatte über den Innovationsbericht, die wir vor zwei Wochen geführt haben, ist noch einmal deutlich geworden, woran es Nordrhein-Westfalen mangelt, wenn wir von Innovationskraft und -dynamik sprechen. Nicht der sogenannte Staatssektor – Herr Lindner hat zu Recht darauf

hingewiesen – ist das Problem, sondern: Die Firmen und Unternehmen haben sich in der Vergangenheit gegen Nordrhein-Westfalen als Standort für Spitzen- und Hochtechnologie entschieden.

(Karl Schultheis [SPD]: Wir haben im letzten Jahr mehr gehabt! Nun sagen Sie doch einmal die Zahl!)

Es muss doch für Sie, Herr Schultheis und die Damen und Herren von der Opposition, niederschmetternd sein, wenn der Innovationsbericht zu diesem Thema bilanziert – ich darf zitieren –:

„NRW liegt damit weit hinter den süddeutschen Bundesländern zurück. An dem bestehenden Abstand hat sich in den letzten zehn Jahren relativ wenig geändert.“

Ausgehend von dieser Lage ist es der Landesregierung – an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und Innovationsminister Professor Andreas Pinkwart – gelungen, das abgelaufene Jahr zu nutzen, um die Lücke bereits jetzt in beeindruckender Weise zu schließen.

(Beifall von der CDU)

Die Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit erlaubt mir nur einige Beispiele, aber: Eon und RWTH Aachen schließen einen Vertrag über 40 Millionen € in den nächsten zehn Jahren für ein Energieforschungsinstitut in Aachen, 2 Millionen € Förderung der Landesregierung für das Technologiezentrum Dortmund, 24 Millionen € investieren Land und Industrie in den kommenden fünf Jahren für die Gründung eines Forschungsinstitutes zur Entwicklung neuer Werkstoffe; wir wenden 2 Millionen € für ein neues Science-to-Business-Center für weiße Biotechnologie in Marl auf.

Nicht zuletzt, um Ihnen auch einen anderen Beitrag zu präsentieren: In Zusammenarbeit mit dem Minister für Europaangelegenheiten, Michael Breuer,

(Karl Schultheis [SPD]: Wer ist das?)

präsentiert die Landesregierung in Brüssel technologische Zukunftsfelder, in denen Nordrhein-Westfalen herausragende Kompetenz besitzt.

Diese Liste, meine sehr geehrten Damen und Herren, ließe sich weiter fortsetzen. Sie zeigt aber vor allem eines: Wir sind dabei, den Vorsprung unserer süddeutschen Konkurrenten auf dem Weg zur Spitze zu verkürzen. NRW ist wieder attraktiv für Innovationen aus der Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung.

Aber hier wird auch etwas anderes deutlich: Der Politikwechsel mit der Anwendung eines neuen Ordnungsrahmens war und ist der richtige Schritt.

Studienbeitragsgesetz, Hochschulfreiheitsgesetz und Zukunftspakt sind substanzielle Bestandteile, die auf der Grundlage einer verlässlichen Finanzierung zu mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung führen. Gemeinsam mit einem vergrößerten Spielraum für die Wirtschaft, mit der eminent wichtigen Umstellung von Input- auf Outputsteuerung schaffen wir die günstigen Bedingungen in Nordrhein-Westfalen, die Innovationen in den entscheidenden Zukunftsfeldern möglich machen.

(Beifall von der CDU)

Mir ist durchaus bewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, dass Ihr Verständnis für den unbestreitbar positiven Einfluss dieser strukturellen und organisatorischen Änderungen auf das Innovationsklima stark begrenzt ist.

Auch die Feststellung Roman Herzogs in seiner Rede vom 26. April 1997, dass die Innovationsfähigkeit in den Köpfen stattfindet und anfangen müsse,

(Karl Schultheis [SPD]: Dann geben Sie sich mal ein bisschen Mühe!)

macht im Hinblick auf Ihren Kopf, Herr Schultheis, und auf die führenden Köpfe der SPD wenig Hoffnung.

(Beifall von der CDU)

Der Haushalt im Bereich Innovationsförderung zeigt eines: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stellen sich der Herausforderung, unser Bundesland in einem globalen Wettbewerb um die Ressource Wissen, um die besten Köpfe, um die großen Projekte und die besten Ergebnisse im Spitzenfeld zu platzieren.

Das Jahr 2006 lässt die Trendwende erkennbar werden: Der Haushalt des Einzelplans 06 gibt gemeinsam mit den angesprochenen Initiativen und Maßnahmen berechtigten Anlass zur Hoffnung, dass wir uns am Ende des Jahres 2007 wiederum auf einen großen Schritt hin zum Innovationsland Nummer eins freuen können.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Euemann [SPD]: Gut, dass die Märchenstunde vorbei ist!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Hier ist heute schon eine ganze Menge an Verschleierungsreden gehalten worden.

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt kommt noch was von Ihnen dazu!)

Herr Löttgen, deshalb will ich Ihnen heute auch im Klartext sagen: Wir können in diesem Lande allein deswegen keinen Schritt in die richtige Richtung hinsichtlich der Innovationen machen, weil Sie die Weichen in diesem Land falsch stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Land kann nicht innovativ sein, wenn es unsozial ist, und es ist unsozial bei der Einführung von Studiengebühren und bei dem Abdrängen von potenziellen Studentinnen und Studenten in den Ausbildungsmarkt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Dort konkurrieren sie dann mit denen, die nicht studieren dürfen. Das ist nicht innovativ; das ist Rückschritt, und das ist gegenüber den jungen Menschen auch in höchstem Maße unfair.

Dieses Land kann nicht innovativer werden und ist nicht innovativ, weil es nicht zukunftsfähig ist. Es ist nicht zukunftsfähig, weil wir 1 Milliarde € für neue Studienplätze brauchen; das ist kein Kleckerbetrag. Herr Minister Pinkwart, wir brauchen jedes Jahr 250 Millionen € und nicht 250 Millionen € innerhalb von vier Jahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen innerhalb von vier Jahren 1 Milliarde € für neue Studienplätze in Nordrhein-Westfalen. Das ist so festgeschrieben, weil wir genau wissen, dass wir jedes Jahr 15.000 neue, zusätzliche Studienplätze benötigen. Aber mit diesen Kleckerbeträgen schaffen Sie sie nicht. Ihr Vorgehen ist deshalb nicht innovativ und einfach nicht zukunftsfähig. Auch das ist wiederum unfair gegenüber den jungen Menschen, die jetzt nachwachsen und in den nächsten Jahren ins Studium gehen wollen.

Dass Ihr Hochschulpakt nur bis zum Jahre 2010 reicht, ist auch eher ein Scherz. Wenn Sie die Belastungen zwischen 2006 und 2010 schon nicht schultern können, dann wissen wir, dass Sie den großen Belastungen, die aufgrund der doppelten Jahrgänge im Jahre 2011/2012 kommen werden,

erst recht nicht gewachsen sein werden. Also stellen Sie schon heute die Weichen richtig, damit wir dann tatsächlich einen Fortschritt in Nordrhein-Westfalen konstatieren können. Das tun Sie im Moment nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Land ist auch deshalb nicht innovativ, weil es frauenfeindlich ist.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Auch das ist in höchstem Maße unfair, absolut unfair. Wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt, wie man es anders machen könnte. Das hätte keinen Euro mehr gekostet. Sie sind nicht bereit, die Mittel für die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten und für das Netzwerk Frauenforschung festzuschreiben. Diese Mittel sind weiterhin unsicher.

Es ist doch wohl auch ein Scherz, Herr Minister Pinkwart, dass Sie uns weismachen wollen, ein Anteil von 15 % am Innovationsfonds sei innovativ in der Frauenförderung. Wir haben schon heute, wie Sie selber zugegeben haben, einen Anteil an Professorinnen im Hochschulfeld von 13,4 %. Wie wollen Sie das fördern, wenn Sie lediglich das bedienen, was wir schon haben? Ich will nicht 50 % fordern, aber man hätte eine anständige Schippe drauflegen müssen. Und warum gehen Sie weg vom Parameter Gleichstellung in der Mittelverteilung, wenn Sie schon die Outputsteuerung wollen? Das passt alles nicht zusammen. Das ist nicht innovativ. Das ist unfair – auch den Frauen gegenüber. Deshalb ist es auch nicht zukunftsfähig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Einen Antrag – meine Damen und Herren, lassen Sie mich den Witz der Geschichte in diesen Haushaltsverhandlungen noch einmal vor allen aufrollen – haben wir als Grüne zusammen mit der SPD durchgesetzt. Da ging es darum, dass es nicht nur Spitzenwissenschaftler, sondern auch Spitzenwissenschaftlerinnen gibt. Dieses „innen“ haben Sie uns durch Enthaltung zugestanden. Das ist Innovation in Nordrhein-Westfalen! Das hat es unter Rot-Grün so nicht gegeben!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihre Zukunftskompetenz, die zeigt sich darin, dass Sie „Atomprofessoren“ berufen für eine Technik, die lebens- und menschenfeindlich ist.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Man könnte meinen, Sie hätten kein Konzept in Nordrhein-Westfalen, das sei ein Kurs, den man

nicht richtig bestimmen könne. Ich werde langsam misstrauisch. Ich glaube, dahinter steckt sehr wohl ein Konzept, nämlich: Schon jetzt sind die Hochschulen dicht. Studieren kann man bereits nicht mehr richtig, weil die Hochschulen überfüllt sind und nicht genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Wir schaffen auch nicht genügend neue. Dann kommen noch die Studiengebühren hinzu, damit die, die es sich nicht leisten können, auch nicht kommen können. Am Ende werden die Hochschulen wieder etwas leerer werden, die Arbeitsatmosphäre wird sich verbessern. Dann sind natürlich wieder die Richtigen an der Hochschule: die Kinder der Besserverdienenden. – Ich glaube, das ist das Ziel dieser Regierung und dieser Koalition.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege Groth, Herr Lindner hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie die?

Ewald Groth (GRÜNE): Ich kann die leider nicht zulassen, Frau Präsidentin. Ich kneife sehr ungern, aber Herr Lindner hatte 15 Minuten Zeit: Er hat hier nicht zur Sache gesprochen, er hat nicht zum Haushalt gesprochen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Er hat dauernd nur auf andere Punkte Bezug genommen und die Opposition in diesem Hause beleidigt. Er verweigert die Auseinandersetzung um den Haushalt, den wir hier heute beraten wollen. Deshalb will ich ihm kein Podium für eine Zwischenfrage geben.

Der von Ihnen in Auftrag gegebene Innovationsbericht, Herr Minister Pinkwart, hat sehr deutlich gezeigt, dass Sie in Nordrhein-Westfalen eine Forschungs- und Entwicklungslandschaft übernommen haben, die ihresgleichen auch in der Bundesrepublik sucht. Gut: Es gibt Schwächen – aber auf einem sehr hohen Niveau. Ich glaube, dass Sie imstande sind, dieses Kapital, das Sie von Rot-Grün ererbt haben, zu verspielen. Tun Sie das im Sinne des Landes nicht! Kümmern Sie sich vielmehr tatsächlich um Innovationen, und zeigen Sie uns das auch im Sinne des Haushalts mit neuen Haushaltsansätzen!

Nicht nur in Aachen hat gestern Abend eine NRW-Mannschaft eine bayerische besiegt. Wir könnten das auch als Land Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dazu allerdings haben wir hier die falsche Koalition und vielleicht – mir kommt der Verdacht – auch den falschen Minister. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir zum Schluss der Beratung und zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 06**.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge Nummern 46 bis 48 der Tischvorlage entsprechend der Übersicht ab.

Zunächst ist die Nummer 46, **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/3232**, abzustimmen. Wer dem zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 47, einem weiteren **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3235**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 48, ebenfalls ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3236**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3006**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Einzelplan 06 mit großer Mehrheit **verabschiedet**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum **Einzelplan 10**:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich gebe den Hinweis, dass es dazu Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt, die Ihnen mit den Nummern 49 bis 62 der Tischvorlage vorliegen.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Frau Schulze von der SPD-Fraktion. Bitte schön.